

Protokoll des Grossen Gemeinderats Adliswil, Amtsdauer 2022–2026

12. Sitzung vom 5. Juli 2023, 19.00 Uhr

Schulhaus Hofern (Aula), Sonnenbergstrasse 28/30, 8134 Adliswil

Anwesend	Reto Buchmann	Präsident
	Harry Baldegger	Urs Künzler
	Vera Buchmann-Bach	Wolfgang Liedtke
	Hanspeter Clesle	Gabriel Mäder
	Bernie Corrodi	Heinz Melliger
	Daniela Eggenberger	Kannathasan Muthuthamby
	Xhelajdin Etemi	Simon Schanz
	Daniel Frei	Daniel Schneider
	Heinz Geissler	Rolf Schweizer
	Silvia Helbling	Jacqueline Schoch
	Thomas Iseli	Christoph Sütterlin
	Martial Jacoma	Renata Vasella Billeter
	Renato Jacomet	Martin Weber
	Florian Kälin	Pascal Welti
		Urs Weyermann
Abwesend	Sait Acar	Sebastian Huber
	Ann-Kathrin Biagioli	Urs Huber
	Angela Broggini	Esen Yilmaz
	Pascal Engel	Walter Uebersax
Ratsschreiberin	Vanessa Ziegler	
Ratsweibelinnen	Marion Gass	
	Denise Charaabi-Krenz	
Präsenz Stadtrat	Markus Bürgi	Bildung

	Karin Fein	Finanzen
	Mario Senn	Sicherheit, Gesundheit und Sport
	Carmen Marty Fässler	Werkbetriebe
	Farid Zeroual	Präsidiales und Einwohnerkontakte
Abwesend	Marianne Oswald	Soziales
	Felix Keller	Bau und Planung

Traktanden

1. **Mitteilungen**
2. **Fragestunde**
3. **Einbürgerungen**
4. **Leistungsziele und Indikatoren 2024 (GGR-Nr. 2022-380)**
Antrag des Stadtrats vom 18. April 2023 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 12. Juni 2023
5. **Aufwertung des Zentrums durch Kauf, Neubau und Verkauf von Liegenschaften an der Albisstrasse (GGR-Nr. 2023-239)**
Postulat von Vera Buchmann-Bach (FDP), Rolf Schweizer (FDP) und Heinz Geissler (FDP) vom 8. März 2023
6. **Gebühren an der Hauptentsorgungsstelle Adliswil Tüfi (GGR-Nr. 2023-131)**
Interpellation von Kannathasan Muthuthamby (SP), Sait Acar (SP) und Mitunterzeichner vom 1. Februar 2023
7. **Auswirkung der Lohnerhöhung beim städtischen Personal (GGR-Nr. 2023-238)**
Interpellation von Silvia Helbling (FDP), Thomas Iseli (FDP) und Rolf Schweizer (FDP) vom 8. März 2023

Eröffnung der Sitzung

Ratspräsident Reto Buchmann

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur 12. Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil der Amtsdauer 2022–2026.

Die Sitzung ist eröffnet.

Wünschen Sie das Wort zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Damit haben Sie die Traktandenliste genehmigt und wir fahren fort wie vorgesehen.

1. Mitteilungen

Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen seitens des Grossen Gemeinderats acht Entschuldigungen vor. Eine Person trifft etwas später ein. Der Stadtrat verzeichnet zwei Absenzen.

Todesfall

Am 15. Juni 2023 ist Alois Johann Weber genannt Hans, kurz nach seinem 90. Lebensjahr verstorben. Hans Weber war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und gehörte von 1974 bis 1990 dem Grossen Gemeinderat Adliswil an. Er war Ratspräsident von 1986/1987.

Mit seinem tatkräftigen Einsatz hat er die Adliswiler Politik über Jahre aktiv mitgestaltet. Sein politisches Engagement bleibt uns in wertvoller Erinnerung.

Den Hinterbliebenen spreche ich auch auf diesem Weg unser herzliches Beileid aus. Zu Ehren des Verstorbenen, aber auch in Gedanken an die Hinterbliebenen ordne ich eine Schweigeminute an. Ich bitte Sie, sich von den Sitzen zu erheben. (*Schweigeminute*)

Zuweisung von Vorlagen

An die Rechnungsprüfungskommission

- Vorlage GGR-Nr. 2022-303; Friedhof Adliswil, Sanierung Grabfeld FE4; Kreditantrag.
- Vorlage GGR-Nr. 2020-380; Entsorgungspark Adliswil, Ersatzbau; Kreditantrag.

Persönliche Erklärung

Bernie Corrodi (FW) zum Thema "Billig-Coiffeure"

Dreimal bin ich in den letzten Jahren hier gestanden und habe mich zum Thema der Billig-Coiffeure gemeldet. Denn alle diese Discounter sind Totengräber unseres lokalen Gewerbes. Bei jedem Vorstoss wurde mir beschieden, das läge nicht in der Kompetenz und Möglichkeit der Gemeinde.

Nun freut mich sehr, dass eine Gruppe im Kantonsrat das Thema aufgreift, mit dabei unser Stadtrat Mario Senn. Herzlichen Dank Mario für Dein Engagement.

Dieses Engagement ist nämlich auch nötig, wenn man zum Beispiel die Situation an der Albisstrasse anschaut, wo gleich drei Geschäfte leer stehen, also drei Steuerzahler ausfallen. Es ist dringend nötig, dass sich der Stadtrat für ein griffiges, lokales Wirtschaftskonzept einsetzt.

Fraktionserklärung

Jacqueline Schoch (GP) zum Thema "Klimaball"

Es ist nicht zu übersehen, dass auf den Bruggeplatz der Klimaball steht. Bunt und mit vielen Erklärungen. Wenn man sich Zeit nimmt, kann man interaktiv agieren und viele Informationen zum Thema Klimawandel abholen. Auch die eigene Meinung und Ideen dürfen Passanten dem Klimaball anvertrauen.

Es ist immer eine Bereicherung für den Treffpunkt Bruggeplatz, wenn Personen innehalten können und aktiv am Geschehen vom Stadtzentrum teilhaben dürfen. Der Klimaball ist initiiert vom Grünen Güggel, dieses Umweltmanagement-System unterstützt Kirchgemeinden dabei, Ressourcen zu sparen und Klima und Natur zu schützen. Der Klimaball tourt durch verschiedene Kantone, umso mehr freut es uns, dass er Zwischenhalt in Adliswil macht. Auf dem Platz werden zusätzlich Sitzgelegenheiten angeboten mit Bepflanzung und Solarpaneelen, so kann man sein Smartphone laden und den Treffpunkt geniessen. Der Schatten der gepflanzten Bäumchen fällt noch etwas spärlich aus, aber es ist ein guter Versuch, den Bruggeplatz zu beleben. Wir möchten uns bei der Stadträtin Carmen Marty Fässler bedanken für ihr Engagement und die Umsetzung des Klimaballs im Zentrum.

2. Fragestunde

Zuerst werden die mündlichen Fragen von **Daniel Frei (FW) zum Thema "Stadthausbeleuchtung"** aus der letzten Ratssitzung vom 7. Juni 2023 beantwortet.

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

Es ist bedauerlicherweise korrekt, dass im 1. Obergeschoss unseres Stadthauses das Licht mitunter ununterbrochen brennt. Der Grund dafür ist, dass der Bewegungsmelder durch einen Lüftungsauslass immer wieder aktiviert wird. Wir haben diesen Mangel natürlich moniert und dem Unternehmer gemeldet und hoffen auf eine baldige Behebung.

Leider ist es nicht möglich, das Licht abzuschalten, da dies die Aktivierung der Notbeleuchtung im gesamten Gebäude zur Folge hätte. Die Fluchtwegleuchten müssen aus Sicherheitsgründen rund um die Uhr eingeschaltet sein und dürfen nicht ausgeschaltet werden. Darüber hinaus besteht gelegentlich das Problem, dass die Nutzer das Licht in den Sitzungszimmern nach den Sitzungen nicht ausschalten. Wir werden die Nutzer erneut für dieses Thema sensibilisieren, um eine verbesserte Handhabung des Lichts zu fördern.

Wir hoffen, dass der Mangel im betroffenen 1. Obergeschoss bald behoben wird und dass durch die erneute Sensibilisierung der Nutzer eine bessere Handhabung des Lichts in den Sitzungszimmern erreicht wird.

Simon Schanz (Die Mitte) zum Thema "Zeitungssammeln durch Vereine"

Die Zeitungen werden seit ich mich erinnern kann, von den Vereinen gesammelt, welche dafür anhand des Gewichts einen Geldbetrag für die Vereinskasse bekommen. Seit Jahren geht die Menge des gesammelten Papiers zurück. Zudem müssen Vereine mittlerweile auch bei gewissen Unternehmen für die Fahrzeuge bezahlen, somit schaut am Ende immer weniger heraus. Der erste Verein hat bereits aufgehört zu sammeln und mir wurde mitgeteilt, dass auch weitere Vereine mit Gedanken spielen mit dem Sammeln aufzuhören.

- Ist sich der Stadtrat bewusst, dass es für die Vereine stetig unattraktiver wird? Wenn ja hat man eine Idee hier dagegen zu wirken?
- Wer übernimmt das Sammeln, wenn Vereine abspringen und wie wird dieser entschädigt?
- Wird das Unternehmen besser entschädigt als die Vereine?

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

- Ist sich der Stadtrat bewusst, dass es für die Vereine stetig unattraktiver wird? Wenn ja hat man eine Idee hier dagegen zu wirken?

Die Altpapierstrassensammlung findet seit 2017 jeden Monat statt. Neun von zwölf Sammlungen werden von Adliswiler Vereinen durchgeführt. Da es für Vereine immer schwieriger wird, genügend Personal für die Sammlung zu finden, werden im Jahr 2023 drei Altpapiersammlungen durch ein privates Unternehmen abgedeckt.

Aus den Zahlen der letzten Jahre der gesammelten Menge wird ersichtlich, dass die Altpapiermengen in den letzten Jahren rückläufig sind. Da die finanzielle Entschädigung der Vereine an die jeweilige Sammelmenge gebunden ist, fällt auch die Entschädigung geringer aus.

Ich möchte hier noch einen Verweis machen. Das Thema wurde am 30. Juni 2020 (Beschluss Nr. 2020-153) bereits einmal aufgrund einer Interpellation von Harry Baldegger (FW) und drei Mitunterzeichner bezüglich der Altpapiersammlung durch Vereine in Adliswil vom Stadtrat behandelt.

- Wer übernimmt das Sammeln, wenn Vereine abspringen und wie wird dieser entschädigt?

An den Altpapiersammeltagen, welche nicht durch die Vereine abgedeckt werden können, übernimmt aktuell die Firma Obrist Transport + Recycling AG die Sammlung.

Zum einen fallen Kosten von 135 Franken pro Tonne für das Einsammeln des Altpapiers an. Zum anderen entstehen Handlingkosten von rund 2'500 Franken (Umladen des Altpapiers von Kehrlichfahrzeug auf Mulde für den Weitertransport und Hallenmiete) an. Beispielsweise bei der Altpapiersammlung vom Januar 2023 sind uns durch die Sammlung mit einem privaten Unternehmen Kosten von rund 7'400 Franken entstanden.

- Wird das Unternehmen besser entschädigt als die Vereine?

Das Unternehmen wird somit mit 135 Franken, Vereine mit 100 Franken pro Tonne gesammeltem Altpapier entschädigt.

Simon Schanz (Die Mitte)

Besten Dank für die Beantwortung. Ich nehme das so entgegen, dass Vereine weniger entschädigt werden als ein Unternehmen. Ist es unser Ziel, dass wenn die Vereine für die verbleibenden neun Monate auch noch abspringen, also die Zeitungssammlung vollkommen von einem Unternehmen übernommen wird und wir eigentlich unsere Vereine nicht mehr unterstützen, die Entsorgung teurer wird?

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

Nein, das Ziel ist es natürlich nicht. Aber im Moment ist es so, Unternehmen 135 Franken, Vereine 100 Franken.

Pascal Welti (GP) zum Thema "Fahrplan Zentrum Ost (ehemals Stadthausareal)"

Vor zwei Jahren wurde ein Zielbild für das Zentrum Ost entwickelt. Super, dass die Bevölkerung in Form der Echogruppe und einer Umfrage daran beteiligt war.

Aktuell befinden wir uns in Phase II: der Projektentwicklung mit Präzisierungen, Machbarkeitsstudie und Trägerschaft.

Als Mitglied der IG-Zentrum Adliswil würde es mich, resp. uns, brennend interessieren, wie der aktuelle Stand ist.

- Stand der Planung (zeitlicher Ablauf)? Wann kommt Phase III – Projektierung mit Wettbewerb?
- Wird die Bevölkerung nochmals einbezogen?

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

Der Stadtrat hat an seiner Sitzung gestern Abend einen Antrag zuhanden des Grossen Gemeinderat verabschiedet, einen Verpflichtungskredit für die Projektentwicklung des Zentrums Ost zu genehmigen. Darüber wird es anfangs nächste Woche eine Pressemitteilung geben mit der Veröffentlichung dieses Stadtratsbeschlusses. Ich denke, dass mit dieser Pressemitteilung Deine Fragen beantwortet werden.

Mündliche Fragen

Kannathasan Muthuthamby (SP) zum Thema "Entsorgungspark"

Am 20. Juni 2023 hat die Zürichsee-Zeitung über den Ersatzbau des Entsorgungsparks berichtet.

- Wer hat entschieden, dass es diesen Ersatzbau braucht? War es der Stadtrat oder Entsorgung Zimmerberg?
- Aus welcher Kasse werden die 4,6 Millionen Franken bezahlt? Tragen die Kosten der Steuerzahler oder finanziert es sich aus Gebühren?
- Welche Gemeinde beteiligt sich, zusammen mit der Stadt Adliswil, an diesen Kosten? Und mit welchem Betrag?

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

- Wer hat entschieden, dass es diesen Ersatzbau braucht? War es der Stadtrat oder Entsorgung Zimmerberg?

Das war ein Stadtratsbeschluss, welcher Ihnen allen schon vorliegt und welchen Sie auch auf der Homepage der Stadt Adliswil anschauen können.

- Aus welcher Kasse werden die 4,6 Millionen Franken bezahlt? Tragen die Kosten der Steuerzahler oder finanziert es sich aus Gebühren?

Dabei handelt es sich um eine Spezialfinanzierung, auch das sieht man ganz genau aufgelistet. Da diese Spezialfinanzierung mit Gebühren gedeckt wird, können nur spezifische Ausgaben getätigt werden, wie beispielsweise für einen Entsorgungspark.

- Welche Gemeinde beteiligt sich, zusammen mit der Stadt Adliswil, an diesen Kosten? Und mit welchem Betrag?

Das werde ich selbstverständlich sehr gerne nachliefern, denn ich kann Dir heute nicht einfach aus dem Stehgreif sagen, wie die Verteilung genau funktionieren wird.

Grundsätzlich ist es aber so, dass wir über die Entsorgung Zimmerberg eine finanzielle Beteiligung erhalten, da auch Einwohner aus anderen Gemeinden unseren Entsorgungspark nutzen dürfen. Im Bezirk gibt es drei Entsorgungsstellen, Horgen, eine sehr grosse Sammelstelle mit einer Kehrrichtverwertungsanlage (KVA) nebenan, eine in Wädenswil und eine bei uns in Adliswil.

Den Rest nehme ich mit und werde ihn in der nächsten Sitzung beantworten.

Kannathasan Muthuthamby (SP)

Ich möchte immer noch gerne genau wissen, wie viele Millionen der Adliswiler Steuerzahler bezahlen muss?

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

Ich kann Dich beruhigen Kannathasan, zu Lasten des Adliswiler Steuerzahlers geht in diesem Bereich nichts. Es handelt sich um einen eigenen Betrieb bei der Abfallentsorgung. Abfallentsorgung ist wie Abwasser ein gebührenfinanzierter Haushalt, welcher in der Rechnung einen eigenen Kreis hat. Ich kann noch schnell etwas sagen zu den 4,7 Millionen Spezialfinanzierung. Im Grunde genommen war sie eine Vorfinanzierung aus angesparten Mitteln, welche dazu dienen sollen, diese überalterte Entsorgungsstelle zu erneuern. Entstanden sind diese Rückstellungen, genannt Spezialfinanzierungen durch Überschüsse aufgrund von Gebührenüberschüssen. Es geht also nichts zu Lasten des Steuerzahlers, sondern alles zu Lasten des gebührenfinanzierten Haushaltsteil "Abfallentsorgung".

Bernie Corrodi (FW) zum Thema "Sammelsack für Haushalt-Kunststoff"

Ich habe heute einen Sack voll mit Haushalt-Kunststoff entsorgt, dabei ist mir aufgefallen, dass der Container sich nun einfacher bedienen lässt. Besten Dank dafür. Ich finde aber, Sammelsäcke für Kunststoff zu kaufen könnte einfacher sein. Ich möchte von unserer Stadträtin Frau Carmen Marty Fässler wissen, ob sie vielleicht an einen Flyer gedacht hat, um die Adliswiler Bevölkerung wieder einmal an diese Möglichkeit der Entsorgung zu erinnern?

Natürlich würde es mich auch interessieren, wie die Erfahrungen mit diesem Projekt sind? Ich bin da aber nicht sehr optimistisch, ob ich diesbezüglich eine Antwort erhalte.

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

Auch ich musste heute eine neue Rolle Säcke kaufen. Im Coop gibt es welche, aber im Denner sind sie im Moment gerade vergriffen. Aktuell ist bezüglich Erinnerung dieses Projekts nichts angedacht, aber ich nehme Deine Idee mit dem Flyer sehr gerne als Anregung mit. Wie Du richtig erwähnt hast, ist die Bedienung des Containers nun einiges einfacher geworden. Da es sich um ein Pilotprojekt mit einem unbemannten Container handelt, gab es am Anfang Probleme mit der Bedienung, denn viele Leute verstanden nicht, dass man zuerst den Code hinhalten muss. Auch der Einwurf mehrerer Säcke hintereinander verursachte Probleme, Kinderkrankheiten, welche es bei Pilotprojekten relativ oft gibt.

Wie gesagt, die Idee mit einem Flyer für die Bevölkerung als Erinnerung nehme ich sehr gerne mit und in einer der nächsten Sitzungen werde ich Dir auch die von Dir gewünschten Zahlen liefern.

3. Einbürgerungen

Es wurden 15 Einbürgerungsgesuche gutgeheissen. Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes nicht im Protokoll.

Es gibt einen dreissigminütigen Sitzungsunterbruch. Die Sitzung geht um 20.00 Uhr weiter.

4. Leistungsziele und Indikatoren 2024 (GGR-Nr. 2022-380)

Antrag des Stadtrats vom 18. April 2023 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 12. Juni 2023.

Die überarbeiteten Leistungsziele und Indikatoren der Produktgruppen für das Jahr 2024 liegen in Form des Berichts "Ziele und Indikatoren 2024" zur Beantragung zuhanden des Grossen Gemeinderats vor. Nach der Eintretensdebatte erfolgt die Detaildebatte zu jeder Produktgruppe. Der Stadtrat kann grundsätzlich auch in den Debatten das Wort ergreifen.

Eintretensdebatte

Silvia Helbling (FDP), Referentin der Rechnungsprüfungskommission

Wie jedes Jahr hat sich die Rechnungsprüfungskommission mit den Leistungszielen und Indikatoren befasst und einmal mehr hat sie sich entschlossen, keine Änderungen zu fordern, sondern die Anpassungen im Dialog mit dem Stadtrat zu erörtern. Mit dem bewährten Fragekatalog konnte in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat der eine oder andere Punkt aufgegriffen und vertieft werden. Wie im letzten Votum bereits erwähnt wurde, hat sich dieses Vorgehen sehr bewährt und schafft Vertrauen.

Verbunden mit dem Wachstum von Adliswil und der Annahme der Mehrwertabgabe an der Urne hat uns erstaunt, dass keine Informationen über den Einbezug der Mehrwertabgabe in den Zielen und Indikatoren zu finden sind. Da mit dem Verdichtungsdruck in Adliswil mit einer weiteren Bautätigkeit gerechnet werden muss, sind die Beträge der Mehrwertabgabe nicht unerheblich. Dazu sollten sicher gewisse Indikatoren in dieses Dokument einfließen. Die Rechnungsprüfungskommission hat diesbezüglich mit dem Stadtrat die Möglichkeiten diskutiert und auf die Notwendigkeit hingewiesen, in diesem Bezug Transparenz zu schaffen. So schlägt die RPK vor, unter dem Bereich Finanzen eine Beschreibung der Entwicklung der Mehrwertabgaben-Beträge einzufügen. Der Stadtrat hat sich bereit erklärt, im Bereich der Umfeldentwicklung den Einfluss der Mehrwertabgabe auf die Finanzierung aufzuführen. Das wird erstmals im Herbst 2023 zusammen mit dem Budget 2024 geschehen.

Im Weiteren regt die Rechnungsprüfungskommission an, dass auch ein Indikator bei der Baukommission eingefügt wird, der den Aufwand in der Baukommission aufzeigt, der hervorgerufen wird durch die Prüfung der eingereichten Projektvorschläge für eine Finanzierung aus dem MAG-Reservfonds. Wie gesagt handelt es sich hier um eine Anregung.

Ein weiterer Vorschlag der Rechnungsprüfungskommission betrifft ein zusätzliches Ziel zur kompletten Erfassung der Grünflächen, Baumkataster und versiegelten Flächen. Da die Erfassung der Grünflächen sowie der Baumkataster im webGIS der Stadt Adliswil noch nicht abgeschlossen ist, werden gemäss Ausführungen des Stadtrats die Vorschläge der zusätzlichen Ziele geprüft und für das Budget 2025 als konkreter Vorschlag ausgearbeitet.

Die Rechnungsprüfungskommission achtet bei ihrer Beurteilung auch immer auf sich verändernde Kennzahlen. So ist uns aufgefallen, dass z.B. die "Förderung von Grünflächen im Strassenraum zugunsten der Biodiversität und der Hitzeminderung" entgegen dem allgemeinen Trend gesunken ist. Die Ausführungen des Stadtrats zeigen, dass der Grund darin liegt, dass die Flächen mit der Erfassung im webGIS der Stadt Adliswil noch genauer erfasst und neu geordnet wurden und somit die erfasste Kennzahl von der vorherigen abweicht.

Auch in diesem Jahr hat uns der Stadtrat wieder eine Liste mit den Änderungen und Anpassungen zugestellt, so dass die Lesbarkeit sowie die Vergleichbarkeit erheblich vereinfacht wurden. Die Prüfung konnte in der vorgegebenen Zeit durchgeführt werden.

An dieser Stelle möchte die Rechnungsprüfungskommission dem Stadtrat und allen Beteiligten Verwaltungsmitarbeitenden ein Dankeschön aussprechen. Es ist nicht selbstverständlich, das Format beizubehalten und schon gar nicht, wie in diesem Fall, stetig zu verbessern.

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt einstimmig dem unveränderten Antrag des Stadtrats zu folgen und die Ziele und Indikatoren 2024 der Produktegruppen gutzuheissen.

Xhelajdin Etemi (SP)

Da Esen Yilmaz heute abwesend ist, halte ich sein Votum.

Die Leistungsziele und Indikatoren 2024 sind auch dieses Jahr ein grosses Werk mit Details und vielen Zielprognosen. Sie dient dazu, die Arbeit des Stadtrats und der gesamten Verwaltung zu prüfen. Sie weist nicht nur die Ziele aller Produktgruppen auf, sondern auch die Kennzahlen aller Dienstleistungsbereiche. Um die Dokumentation einfacher zu lesen, gibt es wie immer eine Beilage mit den Änderungen und vor allem sind auch die RPK-Empfehlungen im neuen Dokument drin.

Für uns Ratsmitglieder dient das als Monitoring für die Legislaturindikatoren und somit zur Überwachung der Ziele, welche der Gesamtstadtrat festgelegt hat. Die Indikatoren stammen nämlich aus einem Monitoring-System, das sämtliche Aufgabenbereiche des Stadtrats umfasst.

Da die Referentin der Rechnungsprüfungskommission über die quantitativen Daten berichtet hat, braucht es hier keine Wiederholung. Die Fragen der Rechnungsprüfungskommission wurden trotz der knappen Zeit meistens zufriedenstellend beantwortet und innerhalb der Kommission besprochen. An dieser Stelle danken wir dem gesamten Stadtrat und der gesamten Verwaltung für die gute Transparenz.

Die SP-Fraktion folgt einstimmig dem Antrag des Stadtrats und empfiehlt die Annahme.

Silvia Helbing (FDP)

Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die wiederum klare Darstellung der Ziele und Leistungserbringungen. Trotzdem möchten wir dem Stadtrat unsererseits einige Anregungen geben. Wir wünschen uns, dass sich alle Bereiche vermehrt zu aktuellen Umweltentwicklungen äussern, die einen direkten Einfluss auf die Leistungserbringung haben. Dies würde die Transparenz noch etwas erhöhen. In diesem Sinn können die Weiterentwicklung und die finanziellen Auswirkungen generell auch in den Zielen und Indikatoren besser aufgezeigt werden, so wie es auch im Budget geschieht.

Wie wir aus der letzten Jahresrechnung entnehmen konnten, ist vor allem die Grundstückgewinnsteuer grossen Schwankungen unterlegen. Dies gibt Anlass darüber nachzudenken, wie solche Schwankungen besser eingeschätzt werden können. Dies kann zum Beispiel durch die Aufnahme einer zusätzlichen Kennzahl unter dem Bereich Finanzen geschehen. So können die Anzahl Fälle von Handänderungen ausgewiesen werden. Zudem schlagen wir einen Indikator vor, der die Frist ausweist, innert welcher der Fall abgewickelt werden muss nach der Kanzlei.

Ein weiterer Punkt, den die FDP-Fraktion aufgreifen möchte, ist die Erhöhung der Transparenz der Leistungsmessung, so wie es z.B. im Bereich Bildung gemacht wird. Obwohl viele Vorgaben in diesem Bereich durch den Kanton gegeben sind, werden bei einzelnen Leistungen auch die entsprechenden Kostenanteile durch Ziele vorgegeben. Diesen Ausweis der Leistungserbringung wäre auch in anderen Bereichen wünschenswert. Es ist ein Augenmerk auf Leistungen zu legen, welche nicht zwingend von der öffentlichen Hand erbracht werden müssen. Das Mindeste ist, dass diese Angebote kostendeckend angeboten und nicht vom Steuerzahler subventioniert werden müssen.

Die FDP-Fraktion wird den Leistungszielen und Indikatoren zustimmen. Wir behalten uns aber vor, wie wir bereits in früheren Jahren erwähnt haben, im Hinblick auf das Budget 2024, aber auch auf die Folgejahre, eine umfassende Aufgabenüber-

prüfung durchzuführen. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat sowie den Verwaltungsmitarbeitenden für die Zusammenstellung und Erläuterungen der Leistungsziele und Indikatoren und stimmt - wie bereits erwähnt - dem Antrag des Stadtrats zu.

Ratspräsident Reto Buchmann

Detailberatung

- Ziffer 1** Die Liste der Produkte für das Jahr 2024 wird festgesetzt.
Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 2** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe A Behörden und politische Rechte für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 3** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe B Kultur und Bibliothek für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 4** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe C Einwohnerkontakte für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 5** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe D Finanzen für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 6** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe E Steuern für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 7** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe F Raumplanung für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 8** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe G Verkehr für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 9** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe H Ver- und Entsorgung für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 10** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe I Landschaft für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 11** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe J Sicherheit und Gesundheit für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 12** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe K Sport, Sportanlagen für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen

- Ziffer 13** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe L Soziale Sicherung für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 14** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe M Soziale Dienstleistungen und Beratung für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 15** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe N Volksschule für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 16** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe O Spezielle Förderung für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 17** Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppe P Schulergänzende Leistungen für das Jahr 2024 werden festgesetzt.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 18** Dieser Beschluss untersteht nicht dem fakultativen Referendum.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 19** Veröffentlichung von Dispositivziffern 1 - 18 im amtlichen Publikationsorgan.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen
- Ziffer 20** Mitteilung von Dispositivziffern 1 - 18 an den Stadtrat.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

Schlussabstimmung

Der Rat stimmt der Vorlage mit 28 Stimmen zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Damit haben Sie die Liste der Produkte sowie die Ziele und Indikatoren der Produktgruppen 2024 genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Aufwertung des Zentrums durch Kauf, Neubau und Verkauf von Liegenschaften an der Albisstrasse (GGR-Nr. 2023-239)

Postulat von Vera Buchmann-Bach (FDP), Rolf Schweizer (FDP) und Heinz Geissler (FDP) vom 8. März 2023

Die Postulanten fordern den Stadtrat auf zu prüfen, wie das Zentrum durch den Kauf, anschliessenden Neubau und Verkauf oder Teilverkauf von Liegenschaften aufgewertet werden kann. Dabei soll die Finanzierung unter anderem über die im Neubau enthaltenen Wohnungen durch Verkauf gewährleistet werden. Weiterhin soll auch eine Mischung von Gewerbe und Wohnen vorgesehen werden.

Der Stadtrat beantragt mit Beschluss vom 6. Juni 2023 die Ablehnung des Postulats. Der Rat hat heute über Überweisung oder Ablehnung des Postulats zu entscheiden.

Vera Buchmann-Bach (FDP)

Adliswil braucht ein attraktives Zentrum, da sind sich, glaube ich, alle Parteien hier einig.

Die Stadt Adliswil braucht dringend einen ansprechenden Stadtkern. Aber Adliswil hat einen völlig versiegelten Bruggeplatz, lange leerstehende Ladenflächen an zentralster Lage und viele vernachlässigte Gebäude an der Albisstrasse. Mit diesem Postulat haben wir einen Vorschlag unterbreitet, wie man etwas fürs Zentrum machen könnte. Wir haben die Albisstrasse 7/9 angesprochen. Jedoch hat der Stadtrat sich leider auch nur auf diese beiden Hausnummern konzentriert. Es gibt aber noch weitere Liegenschaften im Zentrum, welche man genauer unter die Lupe nehmen müsste, damit das Zentrum attraktiver aussieht. Zum Beispiel die Albisstrasse 2 und 4. In unserem Postulat haben wir das nicht eingeschränkt, sind aber insbesondere auf die Liegenschaften an der Albisstrasse 7/9 eingegangen.

Die Mitunterzeichner und ich bedanken uns für die Antworten des Stadtrats, welche uns jedoch nicht zufriedenstellen. Der FDP ist es bewusst, dass ein Kauf und Verkauf von Liegenschaften nicht einfach ist, deshalb haben wir uns auch für ein Postulat und keine Motion entschieden.

Einige werden sich wundern, weshalb der Vorschlag zum Kauf gerade von der FDP kommt. Wir haben bei der Bodeninitiative immer gesagt, dass wir uns einen Kauf von Land vorstellen können, aber eben bei günstiger Gelegenheit auch verkaufen wollen und dass man dafür Flexibilität braucht - denn Land halten, damit man es einfach hat, ist nicht sinnvoll. Dazu stehen wir nach wie vor. Wir sind uns auch bewusst, dass so ein Kauf bei der momentanen Finanz- und Schuldenlage ein Kraftakt wäre. Aber die Finanzlage ist halt auch so, weil wir kein Land verkaufen können. Aus diesem Grund ist für uns auch klar, dass - wenn wir kaufen könnten - auch wieder verkaufen sollten.

Uns ist es klar, dass keine Eingriffe ins Privateigentum geschehen dürfen. Trotzdem dürfen wir nicht vergessen, dass durchaus Gespräche geführt, die Eigentümer ins Boot geholt und im Sinne eines "Masterplans" an der Verbesserung der Lebensqualität in Adliswil gearbeitet werden muss. Das gibt letztlich auch den Liegenschaftseigentümern den Anreiz, sich entsprechend aufwertend einzubringen. Aktuell geschieht das ja sehr aktiv bei den verschiedenen Verdichtungsgrossprojekten – allerdings sehr punktuell und für uns etwas unkoordiniert. Hie und da wird eine Mega-Überbauung aus dem Boden gestampft. Die FDP ist sehr gespannt auf den angekündigten Masterplan betreffend die Stadtentwicklung bis 2050 und hofft auf deutlich mehr Klarheit zum übergeordneten Zielbild des Stadtrats für unsere Stadt.

Wir sind der Meinung, dass es sich der Stadtrat mit der Antwort zum Postulat sehr einfach gemacht hat und uns damit das Gefühl gibt, dass er nicht wirklich gewillt ist, das Zentrum attraktiver zu gestalten. Denn mit ein paar Bänkli mehr, weniger Parkplätzen und Tempo 30 ist es nicht gemacht. Man muss die Liegenschaften im Zentrum miteinbeziehen und da wäre der Kauf und (Teil-)Verkauf eine Lösung. Der Verweis auf die Legislaturziele ist genauso schwammig, wie die Antwort selbst. Es wird einfach argumentiert, die Liegenschaftsbesitzer wollen nicht verkaufen, Punkt. Wenn die Stadt ein gutes Angebot machen würde, wären die Besitzer ja vielleicht dazu bereit, ihre Liegenschaften zu verkaufen. Es ist uns ja allen klar, dass ein solches Projekt etwas kosten wird – und Zentrumsattraktivität kostet halt was. Ein attraktiveres Zentrum bringt allen etwas – den Bewohnerinnen und Bewohnern und

den ansässigen Geschäften. Wir finden es schade, dass sich der Stadtrat nur auf die Albisstrasse 7/9 fokussiert hat. Diese stehen bei uns auch im Fokus, aber nicht nur.

Ein weiteres heuchlerisches Argument ist die Aussage, dass es nicht die Aufgabe der Stadt sei, proaktiv in den Immobilienmarkt einzugreifen. Grundsätzlich hat hier der Stadtrat recht und ja, es ist heikel, aber er greift ja schon aktiv ein: Beispiele: Landverkaufsregelung, Abgabe von Land im Baurecht unter Bedingungen zur anschliessenden Immobiliensituation darauf.

Für uns ist die stadträtliche Stellungnahme zu wenig ausführlich und wie vorhin erwähnt, liegt der Fokus beim Stadtrat nur auf der Albisstrasse 7/9. Daher unsere Bitte an die Ratskolleginnen und Ratskollegen: lasst uns dieses Postulat überweisen, damit es genaueren Abklärungen unterzogen werden kann und wir einen grossen Schritt in Richtung attraktiveres Adliswiler Zentrum machen können. Wir haben ja anscheinend Geld für ein eigenes Wasserkraftwerk, dann bitte haben wir hoffentlich auch Geld für ein attraktiveres Zentrum in Adliswil und schicken das Postulat zurück an den Stadtrat zur genaueren Berichterstattung.

Wolfgang Liedtke (SP)

Liebe Postulanten, ich muss gestehen, dass Euer Vorstoss zu langen Diskussionen und Ratlosigkeit in der sozialdemokratischen Fraktion geführt hat.

Die eine Seite behauptete, die Freisinnigen hätten sich wieder auf ihre Zürcher Wurzeln des 19. Jahrhunderts besonnen und bejahen die Verantwortung für Eigentum. Ausserdem haben sie erkannt, dass die Einflussnahme auf die Ortsgestaltung über den Erwerb von Liegenschaften eine Kernaufgabe der Gemeinden ist.

Die andere Seite war erbost darüber, dass die Freisinnigen der Linken ihr Alleinstellungsmerkmal, nämlich die Enteignung, wegnehmen will.

Nachdem sich die Gemüter beruhigt hatten, konnten wir uns inhaltlich mit dem Postulat auseinandersetzen. Die Zielrichtung unterstützen wir selbstverständlich auch, das Zentrum soll aufgewertet werden. Und ich glaube niemand hier im Rat wird bestreiten, dass die Gebäude an der Albisstrasse 7/9 – also ohne Albisstrasse 11 mit Frau Burri - einen kläglichen Anblick bieten und das schon seit Jahrzehnten. Man hätte am besten vor 70 Jahren den Gasthof Adler nicht abgerissen. Aber wie soll die Stadt in den Besitz der Liegenschaft gelangen? Klar, sie kann ein gutes Kaufangebot machen. In seiner Antwort weist der Stadtrat aber darauf hin, dass der Eigentümer gar nicht an einem Verkauf interessiert ist. Und falls doch: die heutige Diskussion hier im Rat würde den Preis hochtreiben.

Aber angenommen, der Erwerb der Liegenschaft würde gelingen. Warum soll die Stadt dann diese Liegenschaft wieder verkaufen – und damit ihre Einflussmöglichkeit auf die Ortsgestaltung, für die man viel Geld auf den Tisch gelegt hat, später wieder aus der Hand geben?

Die richtige Lösung wäre, das erworbene Grundstück dann im Baurecht abzugeben. Auf diese Weise könnte ein Verlustgeschäft durch Kauf, Abriss, Neubau und späterem Wiederverkauf vermieden werden und auch bei einem hohen Kaufpreis das Geschäft über lange Sicht lukrativ für die Stadt sein. Aber der wesentliche Punkt ist eigentlich ein anderer: Der Abriss und der Neubau eines einzigen Gebäudes reicht bei weitem nicht aus, um die Zentrumsattraktivität zu erhöhen. Aus Sicht der SP-

Fraktion wären weitreichende Gestaltungsmaßnahmen notwendig, um die Attraktivität an der Albisstrasse zu erhöhen. Ideal wäre beispielsweise eine Fussgängerzone zwischen den beiden Kreisverkehren auf der Albisstrasse. Verkehrstechnisch könnte dies möglich werden, sobald der neue Anschluss der Poststrasse an die HVS realisiert worden ist. Das ist – zugegeben – eine Vision, für die noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden müsste und die rechtlich mit dem Kanton geklärt werden müsste. Auch müssten die daraus resultierenden Verkehrsströme vorher analysiert werden.

Der Vorschlag der Postulanten reicht aus unserer Sicht leider nicht aus, um das Ortszentrum aufzuwerten. Aus diesem Grund wird die SP-Fraktion der Empfehlung des Stadtrats folgen und eine Überweisung des Postulats ablehnen.

Daniel Frei (FW)

Die Liegenschaften an der Albisstrasse, ich nenne bewusst keine Nummern, sind der FDP schon länger ein Dorn im Auge. Mit dem Postulat will sie nun etwas für Ordnung sorgen und mit einem Fingerschnippen dem Legislaturziel des Stadtrats, der Aufwertung des Adliswiler Zentrums, einen grossen Schritt näher kommen. Ich baue nun mein ganzes Votum um, denn Vera hat mir schon relativ viel Wind aus den Segeln genommen, da sie genau wusste, wo der Angriff kommen wird. Denn genau für uns war es sehr irritierend, dass eine Partei, die für ein liberales Verhalten steht, die Stadt auffordert, in Sachen Immobilienmarkt zu prüfen, ob man eingreifen kann, obwohl anscheinend nicht einmal ein Verkäufer zur Verfügung steht. Man solle ein finanzielles Risiko eingehen, sprich die Immobilie erwerben, etwas daraus machen, was wiederum mit sehr viel Planung verbunden wäre. Aber wir wissen ja, wie wir in Adliswil planen, es gibt ganz viele Projekte, welche schon lange geplant sind, aber dann gut und gerne 10, 15 Jahre gar nichts geht. Da gäbe es ein paar Beispiele zu nennen. Wenn dann viele Jahre nichts passieren würde, wäre das für mich eine schwierige Geschichte.

Das Lädeli von Nicole Burri ist ein schönes Lädeli, welches sicher dann auch wieder Platz hätte in einer neuen Lösung. Aber das hat sicher nicht für Euphorie gesorgt.

Wir bauen im Fall noch kein Kraftwerk, das war ja auch erst nur eine Überprüfung. Aber wir wissen, dass unsere Verschuldung wirklich sportlich ist. Wenn es nun wirklich zu einem Kauf käme, würden wir liquide Mittel binden und ein finanzielles Risiko eingehen müssen, mit der Hoffnung auf Gewinn und Zentrumsverschönerung. Das ist ein weiter Weg, aber ich bin so liberal zu finden, dass jeder, egal woher er kommt, eine Idee bringen und zur Überprüfung hinlegen kann.

Wir haben das kontrovers diskutiert bei den FW und sind dann doch zum Schluss gekommen, dass wir diesen Eingriff der öffentlichen Hand nicht unterstützen wollen und das Postulat von der FDP ablehnen.

Jacqueline Schoch (GP)

Die Aufwertung der genannten Immobilien wäre sicher ein Gewinn für das Stadtbild. Falls eines dieser Häuser im Besitz der Stadt wäre, wäre das ein Vorteil.

Nun ist es aber erstens so, dass die Eigentümer nicht an einem Verkauf interessiert sind. Und zweitens würde es den potentiellen Preis auch in die Höhe treiben, wenn ein Kaufinteresse per Gemeinderatsbeschluss bekundet würde.

Es liegt uns sehr daran, die Attraktivität des Stadtzentrums zu verbessern, allerdings kann dies auch unabhängig von den Gebäuden aufgewertet werden. Wichtig ist dabei die Gestaltung des öffentlichen Raumes, z.B. durch Tempo 30, Grünräume, Beschattung, Sicherheit und genügend Raum für Fussgängerinnen und Fussgänger. Davon profitiert auch das Gewerbe, denn auch das Angebot und die Art des Gewerbes spielen eine Rolle für die Zentrumsattraktivität.

Es braucht eine andere Strategie als dieses Postulat, die Hausbesitzer ins Boot mit zu nehmen. Es braucht eine Gestaltungsplanpflicht für das Zentrum. Diese können wir in der neuen Bau- und Zonenordnung verankern und so eine gute Möglichkeit schaffen, das Gesicht unseres Zentrums mitzubestimmen.

Aus den genannten Gründen lehnen wir Grünen das Postulat ab.

Martial Jacoma (Die Mitte)

Herzlichen Dank an die Autoren für die Ausarbeitung des Postulates. Die Forderung nach einem attraktiven Zentrum ist auch ein zentrales Anliegen der Mitte-/GLP-/EVP-Fraktion und das Postulat hat nicht nur bei der SP, sondern auch in unserer Fraktion zu lebhaften und kontroversen Diskussionen geführt.

Der Stadtrat führt in seinen Erwägungen aus, dass es ausdrücklich nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sei, proaktiv in den Immobilienmarkt einzugreifen. Dies erscheint uns nicht überzeugend.

Boden ist nur begrenzt verfügbar und kein klassisches Wirtschaftsgut. Das zeigt die zunehmende Wohnungsnot und die hohen Miet- und Immobilienpreise deutlich, da eine steigende Nachfrage einem begrenzten Angebot gegenübersteht. Die öffentliche Hand greift deshalb durch Raumplanung, Siedlungsentwicklung, Mehrwertausgleich und weitere Instrumente laufend in den Immobilienmarkt ein.

Eine aktive Bodenpolitik seitens der Gemeinde ist auch aus Sicht der Fraktion sinnvoll und erwünscht. Landabtausch, Landumlegungsverfahren, aber auch Kauf und Verkauf von Grund und Boden sollen in der Stadtplanung als Instrumente zur Verfügung stehen. Dass die Stadt diese Mittel zweckmässig einsetzt, zeigt sich im Beispiel des Vorhabens "Entwicklung Zentrum Süd", wo man mit Zonenplanänderungen und Sonderbauvorschriften ein nachhaltiges Entwicklungsprojekt ermöglichen kann. Jetzt zur konkreten Forderung des Postulates: Es fordert, dass "der Stadtrat prüft, wie das Zentrum durch Kauf, anschliessenden Neubau und Verkauf oder Teilverkauf von Liegenschaften — insbesondere des Gebäudes Albisstrasse 7 und 9 — aufgewertet werden kann."

Die Aufwertung des Zentrums durch Kauf, Neubau und Verkauf von Liegenschaften kann nur erfolgen, wenn private Eigentümer dieser Grundstücke im Zentrum auch kooperativ mitwirken. In der Erwägung des Stadtrats und auch in den Medien ist ersichtlich, dass der Eigentümer zum aktuellen Zeitpunkt kein Interesse an einem Verkauf zeigt. Wenn wir das Postulat überweisen, muss der Stadtrat innert einem Jahr nochmals einen Bericht über das Ergebnis der Prüfung erarbeiten und einen Antrag an den Gemeinderat stellen. Eine Überweisung des Postulates führt also dazu, dass der Stadtrat den Eigentümer noch einmal angehen muss und dieser entweder weiterhin ablehnend oder mit einer überrissenen Preisvorstellung reagiert.

Dies wäre aus unserer Sicht unnötige Arbeit: Adliswil weist die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung im Kanton aus. Insbesondere in Zeiten von steigenden Finanzierungskosten ist dies kein guter Zeitpunkt, um dem Stadtrat den Auftrag zu erteilen. Unserer Ansicht nach wäre dies die Wirkung jeder Forderung bezüglich dem Kauf einer spezifischen Liegenschaft (wenn man das ausweiten würde auf andere Liegenschaften). Dies würde zu einer Marktverzerrung führen, weil die Verkäufer wissen, dass die Stadt kaufen will oder muss.

Anders wäre dies im Fall einer generellen Implementierung eines Vorkaufsrechts. Dies würde der Stadt zusätzliche Möglichkeiten geben, an gewissen Stellen die Siedlungsentwicklung nach innen aktiv voranzutreiben. Leider ist das Postulat zu spezifisch auf das Zentrum und auf einzelne Gebäude bezogen, weshalb sich die Mitte-/GLP-/EVP-Fraktion mehrheitlich für eine Ablehnung entscheiden wird.

Urs Künzler (SVP)

Es wurde schon sehr viel gesagt und auch wir haben das Postulat sehr intensiv diskutiert in unserer Fraktion. Wir sind dann auch zum Schluss gekommen, dass es nicht die Aufgabe der Stadt sein kann, im Immobilienhandel tätig zu werden. Der zweite Grund war auch die finanzielle Bindung, denn das wäre dann schon relativ viel Geld, das aufgebracht werden müsste, um die Liegenschaften zu erwerben.

Wir von der SVP sind ebenfalls der Ansicht, dass wir das Postulat nicht überweisen wollen und werden dementsprechend abstimmen.

Silvia Helbling (FDP)

Es wurde viel eingebracht mit den verschiedenen Voten und die FDP kann insgesamt eigentlich zufrieden sein mit dem, was sie bewirken konnte. Trotzdem möchte ich sagen, dass die einzelnen Punkte, welche genannt wurden, zum Teil wirklich nicht neu sind. Ich möchte erwähnen, dass wir zum Beispiel schon vor zehn Jahren eine Diskussion hatten, genau wegen diesen Liegenschaften. Jetzt geht es aber nicht per se um die Liegenschaften, sondern um die Zentrumsattraktivität. Diese Zentrumsattraktivität war schon mehrmals ein Thema, es wurde erwähnt, dass die CVP im Jahr 2013 auch schon ein Postulat zu diesem Thema eingereicht hatte. Damals wurde unter anderem gesagt, dass es mit einer Verkehrsberuhigung oder mit Bänkli aufstellen nicht getan sei, um ein attraktives Zentrum zu gestalten. Man muss die Gebäude oder Liegenschaften inkludieren. Wir haben heute von verschiedenen Voten gehört, dass einige Häuser wirklich nicht schön sind.

Alles das zusammengefasst würde doch eigentlich schon dahin führen, dass so ein Postulat nach all den verschiedenen Vorstössen vielleicht doch einmal an den Stadtrat weitergegeben werden sollte, damit die Sache endlich ernsthaft und gesamtheitlich angegangen wird. Beispielsweise die Idee mit der Gestaltungsplan-Pflicht scheint auf den ersten Blick interessant zu sein, aber auch das wird, für einen Liegenschaftenbesitzer nicht attraktiv sein, es ist sehr wahrscheinlich nicht der richtige Anreiz, um abzureissen und neu zu bauen.

Die Verschuldung, welche auch erwähnt wurde, ist natürlich ein grosses Thema. Aber genau darum könnte man eine Option ohne Immobilienhandel und ohne Spekulation in Betracht ziehen, ein reines Mittel zum Zweck, um die Zentrumsattraktivität voranzubringen.

Aus diesen Gründen und weil wir wie die meisten auch, ein attraktiveres Zentrum für alle Bürger von Adliswil wollen, sowie auch für das Gewerbe, damit alle davon profitieren können, ist es nötig, dass wir einen Gesamtblick einnehmen.

Das Postulat wäre sicher ein guter Anstoss, um jetzt einen Schritt weiterzugehen, da wie gesagt, schon in der Vergangenheit mehrfach davon gesprochen wurde. So würde vielleicht der Stadtrat gerade jetzt, mit dem Gestaltungsplan und der Bau- und Zonenordnung neue Weichen stellen. Daher empfiehlt die FDP die Überweisung des Postulats an den Stadtrat.

Ratspräsident Reto Buchmann

Abstimmung

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit 21 Stimmen zu 7 Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Gebühren an der Hauptentsorgungsstelle Adliswil Tüfi (GGR-Nr. 2023-131)

Interpellation von Kannathasan Muthuthamby (SP), Sait Acar (SP) und Mitunterzeichner vom 1. Februar 2023

Die Interpellanten befürchten eine Zunahme des "wildem Entsorgens" aufgrund der zusätzlichen Gebühr, welche vom Zweckverband Entsorgung Zimmerberg per 1. Januar 2023 eingeführt wurde. Die Antwort des Stadtrats kann nun kommentiert und bewertet werden. Es findet keine Abstimmung statt.

Kannathasan Muthuthamby (SP)

Mit der Antwort des Stadtrats bin ich nicht vollumfänglich zufrieden. Vor gut einem halben Jahr hat der Stadtrat und der Zweckverband Entsorgung Zimmerberg geschrieben, dass sie nur mit dem Verkehr rund um die Entsorgungsstelle Probleme hätten, nichts anderes, nur mit dem Verkehr. Die Stadt Wädenswil hat diese 5 Franken für die Entsorgung schon vor einem Jahr erfolgreich eingeführt und deshalb machen wir das nun auch. Aber was Wädenswil macht, ist nicht unser Problem, sondern, was machen wir. Wir können sonst auch schauen, was Zürich macht, dort gibt es pro Quartal 100 Franken Entsorgungsgutscheine pro Haushalt. Das sind 400 Franken pro Jahr. Aber bei uns muss man einfach nur immer Gebühren zahlen.

Jetzt haben wir nicht mehr viel Verkehr bei der Entsorgungsstelle, es hat immer wenig Autos dort. Ich laufe pro Woche zwei- bis dreimal dort durch, um zu schauen, wie es aussieht. Dort stehen drei bis vier Angestellte und drei bis vier Autos. Letztes mal war unser Stadtpräsident dort und hat auch gesehen, wie viele Mitarbeiter und Autos dort standen. Jetzt redet man nicht mehr vom Verkehr, sondern dass wir 5 Franken bezahlen müssen, weil wir viel Abfall produzieren. Aber das funktioniert so nicht. Der Abfall reduziert sich nicht, wenn man 5 Franken gibt. Es stimmt schon, die Schweizer sind die grössten Abfallsünder von Europa. Wir produzieren pro Kopf 706 kg pro Jahr. Das stand 2019 im Tagesanzeiger. Davon werden rund 270 kg recycelt, 153 kg kompostiert und 336 kg verbrannt. Diese Mengen gehen aufwärts, nicht abwärts.

Ich ging letztes Mal nicht mit dem Auto, sondern mit dem Velo – und habe 5 Franken Gebühren bezahlt. Aber wenn ich diese Styroporplatte zerkleinere und in einen Gebührensack stecke, bezahle ich 1.60 Franken, kann ihn vor die Türe stellen und spare Zeit und Benzin. Will man das? Nein, unsere Bevölkerung will den Abfall trennen! Ich kenne viele Leute, die jede Woche Glas, Dosen usw. fachgerecht entsorgen. Aber was macht unsere Stadt? Unser Stadtrat sagt, das kostet jetzt 5 Franken. Anstatt zu fördern, dass die Leute den Abfall trennen, kassiert man einfach 5 Franken ein. Ich kann auch diese Pfanne in den Abfallsack stecken, für 1.60 Franken geht sie weg. Aber wir sollen doch richtig entsorgen, wenn alles in den Abfall geht anstatt recycelt wird, dann steigt die Abfallmenge! Oder alles steht am Strassenrand, gratis zum Mitnehmen. Das geht doch nicht! Wir müssen uns bei der Bevölkerung dafür bedanken, dass sie richtig entsorgen. Ich kenne wirklich viele, die das jede Woche machen und das ist richtig!

Was hier läuft, das ist so eine FDP-Politik (bitte jetzt nicht persönlich nehmen), möglichst viel Gewinn erwirtschaften. Nein, das wollen wir nicht. Schauen Sie, die Mitglieder der SVP und der Freien Wähler sind schon fast etwas grün geworden. Sie schauen für die Umwelt. Die Stadträtin sagte vorher, dass der Ersatzneubau durch Gebühren finanziert wird. Wer zahlt die Gebühren? Wir bezahlen die Gebühren!

Vor 7 Monaten habe ich hier im Rat eine Frage zum Zweckverband Entsorgungspark Zimmerberg gestellt. Damals hiess es, sie hätten keinen Einfluss. Jetzt aber einen Ersatzbau von 4,6 Millionen Franken bauen, mit unseren Gebühren, das geht jetzt. Ich finde, dass sich unser Stadtrat wehren soll. Wir haben drei Delegierte im Zweckverband. Ich weiss nicht, was Ihr dort macht? Die anderen Gemeinden sollen sich finanziell auch daran beteiligen. Der Stadtrat soll der Bevölkerung Gutscheine für fachgerechte Entsorgung verteilen oder die Gebühren ganz abschaffen. Z.B. wird in Zürich-Altstetten der Ausweis verlangt. Wer nicht von der Stadt Zürich ist, muss seine Ware wieder mitnehmen. Warum machen wir das nicht in Adliswil? Ich weiss, dass viele Bewohner aus Wollishofen oder Leimbach hier zu uns kommen, das ist klar. Entweder müssen wir das verhindern oder eine andere Lösung finden. Wir bezahlen Steuern und müssen trotzdem nochmals 5 Franken bezahlen. Das ist Abzockerei, das geht nicht. Der Stadtrat soll sich diesem Thema annehmen oder wir machen es zusammen im Gemeinderat. Ich weiss nicht, ob die FDP mitmacht, wir werden es sehen. Aber finden wir zusammen eine Lösung, das ist wichtig für mich.

Danke noch einmal für alles und ich hätte gerne Eure Unterstützung. Danke!

Florian Kälin (Die Mitte)

Jedermann hat trotz dem Fünfliber immer noch die Möglichkeit, alles zum gleichen Preis wie vorher zu entsorgen. Die Fraktion Mitte/GLP/EVP begrüsst mehrheitlich die Massnahme mit dem Fünfliber. Wichtig aber ist, dass diese Massnahme auf ihre Auswirkung geprüft wird und wenn nötig, Anpassungen gemacht werden. Wir sind gespannt auf den Bericht des Stadtrats und erhoffen uns eigentlich auch, dass er uns mitteilt, ob diese Massnahme Wirkung zeigt, so, dass man sagen kann, jawohl, das bringt etwas.

Ratspräsident Reto Buchmann

Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Stadtrats abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Auswirkung der Lohnerhöhung beim städtischen Personal (GGR-Nr. 2023-238)

Interpellation von Silvia Helbling (FDP), Thomas Iseli (FDP) und Rolf Schweizer (FDP) vom 8. März 2023

Die Interpellanten wollten vom Stadtrat wissen, wie mit dem Ungleichgewicht des Finanzhaushalts umgegangen wird, welches sich aufgrund der Lohnerhöhung für das städtische Personal und den verzögerten und inflationsbedingt tieferen, steuerlichen Einnahmen ergibt. Weiter wollen die Interpellanten wissen, ob es zu Gebührenanpassungen kommen wird.

Silvia Helbling (FDP)

Wir danken dem Stadtrat für die Ausführungen und den Bezug zu den entsprechenden Grundlagen und Entscheiden des Regierungsrats und des Kantons. Dass die Teuerung im Auge behalten werden muss und entsprechende Massnahmen in die Wege geleitet werden, ist unumstritten. Dagegen sind der Zeitpunkt und das Ausmass der Lohnerhöhung sicher unter Berücksichtigung eines Spielraums zu beschliessen.

Zu Frage 1 und der Signalwirkung dieser Lohnerhöhung:

Dass der Vergleich zu den kantonal entlohnten Lehrersalären gemacht wird, ist sicher notwendig, um eine zu grosse Ungleichbehandlung zu vermeiden. Wie der Stadtrat aber ausführt, betrifft dies lediglich 220 von 750 Angestellten. Dass das Lohnniveau in den Gemeinden des Bezirks bei einer solchen Lohnerhöhung eine Rolle spielt, ist zu bezweifeln. Wie aus mehreren, aktuellen Studien hervorgeht, steht eine hohe Entlohnung nicht an erster Stelle, wenn es um die Attraktivität der Beschäftigung geht und ist somit auch nicht das wirkungsvollste Instrument gegen den Fachkräftemangel. Auch ist festzuhalten, dass der Vergleich zu Salär-Massnahmen im Bezirk nicht ideal ist, da von unterschiedlichen Voraussetzungen in den Gemeinden ausgegangen werden muss und ein direkter Vergleich nur bei gewissen Berufs-Positionen Sinn macht. Die Privatwirtschaft hat aber den Teuerungsausgleich noch nicht in diesem Umfang vollzogen und daher ist der Vergleich zu privaten Unternehmungen so generell nicht gültig.

Zu Frage 2 und 3 und Anpassungen der Gebühren und Tarife und Auswirkungen auf den städtischen Haushalt:

Es ist sicher beruhigend zu wissen, dass der Finanzhaushalt der Stadt mit den beschlossenen Lohnmassnahmen nicht in ein Ungleichgewicht gerät, wenn man dies längerfristig über acht Jahre betrachtet. Das war zu erwarten. Es wird aber sicher gewisse Auswirkungen kurzfristiger Natur geben, die im Budget eingerechnet werden müssen, nicht nur wegen der Lohnerhöhung, sondern auch wegen den gestiegenen Preisen für die Gestehungskosten, falls die Gebühren nicht erhöht werden. Das kann der Stadtrat nicht verneinen. Doch ist es positiv, dass die Gebühren regelmässig einmal pro Jahr darauf geprüft werden, so dass die Kostendeckungsgrade eingehalten werden und ansonsten die entsprechenden Gebührenanpassungen vorgenommen werden. Abschliessend möchten wir aber festhalten, dass eine

3,5%ige Lohnerhöhung doch etwas willkürlich daherkommt, wenn man sich auf die genannten Gründe und Vergleiche abstützt wenngleich die Gesteungskosten von gebührenfinanzierten Leistungen einen grösseren Teil der zusätzlichen Kosten ausmachen, wird eine Anpassung im Budget auch für die Lohnerhöhung nötig sein. Wir danken dem Stadtrat nochmals für die Informationen.

Xhelajdin Etemi (FDP)

Die Begründung für die Lohnerhöhung wurde bereits im Lohnbeschluss des Stadtrats vom 8. Dezember 2022 herausgebracht. Darin wurden unter anderem die Lohnentwicklung in der Wirtschaft und die Teuerung als Gründe für die Lohnerhöhung genannt. Die politische Signalwirkung wurde ebenfalls berücksichtigt.

Wir von der SP-Fraktion sind der Meinung, dass der Stadtrat die Kompetenz besitzt, um solche Entscheidungen zu treffen und die Auswirkungen angemessen zu bewerten. Daher halten wir die vorliegende Interpellation für überflüssig und sehen keinen weiteren Handlungsbedarf in dieser Angelegenheit.

Ratspräsident Reto Buchmann

Die Interpellantin hat ihre Erklärung zur Antwort des Stadtrats abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 21.59 Uhr



Monika Künzle-Weibel, Protokollführerin